

**Stellungnahme zum
Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW),
Berlin**

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	2
A. Kenngrößen des Instituts	4
B. Auftrag	4
C. Forschungs- und Serviceleistungen	5
D. Organisation, Struktur und Ausstattung	5
E. Stellungnahme und Förderempfehlung	6
F. Ergänzende Empfehlungen	6
Anlage: Bewertungsbericht zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung	8

Vorbemerkung

Der Wissenschaftsrat ist von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im April 1994 gebeten worden, alle Einrichtungen der Blauen Liste, beginnend mit dem 1. Januar 1995, innerhalb von fünf Jahren auf der Grundlage seiner Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste vom November 1993 zu bewerten.

Bei den Einrichtungen der Blauen Liste handelt es sich um selbständige Forschungseinrichtungen, Trägerorganisationen oder Serviceeinrichtungen für die Forschung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse, die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b des Grundgesetzes vom 28. November 1975 (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) gefördert werden.

Seit 1977 gehört das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zu den Forschungseinrichtungen der Blauen Liste. Der Wissenschaftsrat hat in der Vergangenheit bereits einmal - im Jahre 1982 - zum Institut Stellung genommen und empfohlen, die gemeinsame Bund-Länder-Förderung weiterzuführen.¹⁾

In seiner Sitzung am 19. Januar 1996 hat der Wissenschaftsrat beschlossen, das Bewertungsverfahren zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in der zweiten Jahreshälfte 1996 durchzuführen, und eine entsprechende Bewertungsgruppe eingesetzt. In dieser Bewertungsgruppe haben auch Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet. Die Bewertungsgruppe hat am 19./20. September 1996 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung besucht und anschließend den vorliegenden Bewertungsbericht vorbereitet.

Der Ausschuss Blaue Liste hat auf der Grundlage dieses Bewertungsberichts am 11./12. Dezember 1996 die wissenschaftspolitische Stellungnahme erarbeitet.

¹⁾ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten und zum Forschungsinstitut für Rationalisierung, Köln 1982, S. 41-52.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 23. Januar 1998 verabschiedet.

A. Kenngrößen des Instituts

Das DIW ist als eingetragener Verein organisiert. Organe des Instituts sind der Vorstand und das Kuratorium. Zuwendungsgeber sind der Bund (Bundesministerium für Wirtschaft) und das Land Berlin (Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung).

Im Grundhaushalt (institutionelle Förderung) standen im Jahr 1995 rund 16,0 Mio. DM zur Verfügung, davon 13,1 Mio. DM für Personalausgaben. Das DIW verfügt über insgesamt 120 grundfinanzierte Stellen, davon 68 Stellen für Wissenschaftler und 52 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal.

Die Summe der eingeworbenen Drittmittel betrug im Jahre 1995 rund 14,0 Mio. DM. Ein Großteil dieser Mittel stammte vom Bund, den Ländern und sonstigen Drittmittelgebern. Aus Drittmitteln wurden 48,0 Beschäftigungsverhältnisse für Wissenschaftler finanziert; davon waren 40,0 Beschäftigungsverhältnisse unbefristet besetzt.

In den Jahren 1993-1996 wurden fünf Promotionen und zwei Habilitationen von Mitarbeitern des DIW abgeschlossen. 15 Promotionsverfahren und drei Habilitationsverfahren laufen gegenwärtig.

Die wissenschaftliche Leitung des DIW wird vom Vorstand wahrgenommen, der aus dem Vorsitzenden (Präsidenten), einem stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu vier weiteren Vorstandsmitgliedern besteht (1995 alle besetzt). Die Position des Präsidenten wurde in gemeinsamer Berufung mit der Freien Universität Berlin besetzt. Das DIW verfügt seit 1994 über einen siebenköpfigen Wissenschaftlichen Beirat.

B. Auftrag

Das Institut hat laut Satzung die Aufgabe, die wirtschaftlichen Vorgänge des In- und Auslandes zu beobachten und zu erforschen, die Ergebnisse seiner Arbeit nach Möglichkeit zu veröffentlichen und Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft durch Erstattung von Berichten und Gutachten zu unterstützen.

C. Forschungs- und Serviceleistungen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung leistet einen wichtigen und anerkannten Beitrag für die empirische Wirtschaftsforschung der Bundesrepublik Deutschland. Einen besonderen Schwerpunkt hat das Institut auf dem Gebiet der konjunkturellen Analysen und Prognosen. Mit seinen Datensätzen insbesondere zur vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, den Kapitalstockberechnungen und, in jüngerer Zeit, dem „Sozio-oekonomischen Panel“ stellt das DIW wichtige Grundlagen für die empirisch arbeitenden Wirtschaftsforscher an den Hochschulen bereit. Mit seiner Konzentration auf Ansätze, die die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den Mittelpunkt stellen, hat das Institut ein eigenes Profil entwickelt, das die wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Diskussion belebt und wichtige Perspektiven sowohl zur Theorien- und Methodendiskussion als auch zur Diskussion geeigneter wirtschaftspolitischer Strategien einbringen kann.

Die Forschungsleistungen des Instituts sind überwiegend positiv zu beurteilen. Der theoretischen Fundierung seiner Arbeiten muss das Institut in Zukunft verstärkt Beachtung schenken. Bezogen auf die Zahl der Mitarbeiter wird noch zu wenig in externen referierten Fachzeitschriften publiziert.

Die Stellungnahmen und Gutachten des DIW zur wirtschaftspolitischen Beratung werden von den Auftraggebern geschätzt.

D. Organisation, Struktur und Ausstattung

Aufgrund der in Teilen unklaren Abgrenzung der Aufgaben des Vorstands und Kuratoriums kann das Kuratorium seine Kontrollfunktionen nicht voll ausüben. Das Kollegium der Abteilungsleiter hat vergleichsweise große Mitwirkungsrechte bei der Forschungsplanung und bei haushalts- und finanzwirtschaftlichen Fragen.

Die Ausstattung mit Stellen für wissenschaftliches Personal ist angemessen. Die grundfinanzierten Stellen sind alle unbefristet besetzt.

Die meisten Drittmittel des DIW stammen direkt vom Bund und Land; von der DFG und vergleichbaren Institutionen werden (mit Ausnahme des Sozio-oekonomischen Panels) zu wenig Mittel eingeworben. Dem Institut wird empfohlen, in Zukunft verstärkt solche Drittmittel einzuwerben, die in Verfahren begutachteter Qualitätskontrolle vergeben werden und eng auf die wissenschaftlichen Schwerpunkte des Instituts bezogen sind.

Es ist zu begrüßen, dass die Institutsleitung Promotionen und Habilitationen ausdrücklich fördert und durch eine Betriebsvereinbarung, die eine befristete Freistellung für diesen Zweck erlaubt, unterstützt.

Positiv zu bewerten sind die Kooperationen mit den Berliner Hochschulen. Die eingeleitete Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, wird begrüßt.

E. Stellungnahme und Förderempfehlung

Die wissenschaftliche Arbeit des DIW wird überwiegend positiv beurteilt und ist auf dem Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung anerkannt. Die Arbeit des Instituts ist von überregionaler Bedeutung und von gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse. Eine Eingliederung in eine Universität wird nicht empfohlen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Weiterförderung des DIW als Forschungseinrichtung der Blauen Liste.

F. Ergänzende Empfehlungen

Um in Zukunft flexibel neue Forschungsthemen aufgreifen zu können, ist eine Reihe von organisatorischen und personellen Veränderungen notwendig. Die derzeit neun Abteilungen des DIW sollten neustrukturiert und in vier bis fünf Abteilungen zusammengefasst werden. Die wissenschaftliche Leitung muss gegenüber dem Kollegium der Abteilungsleiter deutlich gestärkt werden. Die Abteilungsleiter sollten in Zukunft ge

meinsam mit einer der Berliner Hochschulen auf Zeit berufen werden. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern muss in erheblichem Maße von der Möglichkeit einer befristeten Stellenbesetzung Gebrauch gemacht werden. Der Wissenschaftliche Beirat muss hinsichtlich seiner personellen Stärke und der Häufigkeit seines Zusammentreffens noch stärker in die Institutsentwicklung einbezogen werden. Der theoretischen Fundierung seiner Arbeiten muss das Institut in Zukunft verstärkt Beachtung schenken.

ANLAGE

Bewertungsbericht
zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW),
Berlin

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	9
A. Darstellung	10
I. Entwicklung, Ziele und Aufgaben	10
II. Arbeitsschwerpunkte	12
III. Organisation und Ausstattung	18
IV. Veröffentlichungen und Tagungen	23
V. Kooperationen, Beteiligung an der Lehre und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	25
VI. Umsetzung früherer Empfehlungen	28
VII. Künftige Entwicklung	28
B. Bewertung	31
I. Zur wissenschaftlichen Bedeutung	31
II. Zur Abteilungsstruktur und zu den Arbeitsschwerpunkten	32
III. Zur Organisation und zum Personal	37
IV. Zu den Publikationen	40
V. Zu den Kooperationen und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	41
VI. Zusammenfassende Bewertung	42
Anhang 1-4	45

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit dem Institut abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung der wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die Bewertungsgruppe wieder.

A. Darstellung

A.I. Entwicklung, Ziele und Aufgaben

Das DIW wurde 1925 von Ernst Wagemann, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, in Berlin als Institut für Konjunkturforschung (IFK) gegründet. 1941 wurde es in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) umbenannt.

Seit seiner Gründung beschäftigt sich das Institut mit der konjunkturellen Analyse und Prognose. Nach 1949 kamen neue Arbeitsschwerpunkte hinzu, die an die jeweiligen realwirtschaftlichen Entwicklungen und Problemstellungen anknüpften. So bildete nach dem Krieg die Analyse der Wirtschaftslage Berlins einen Schwerpunkt der Arbeit des DIW. In den 60er Jahren rückten energie- und rohstoffwirtschaftliche Fragen sowie die Entwicklung der Input-Output-Analyse in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Die 70er Jahre waren durch eine vertiefende Analyse des strukturellen Wandels der Wirtschaft gekennzeichnet. In dieser Zeit entstanden die Abteilungen Volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren, Geld und Kredit und Öffentliche Finanzen, Verkehr sowie die Forschungsgruppe Europäische Integration als Bestandteil der Abteilung Westliche Industrieländer und Entwicklungsländer. Im Jahre 1984 wurde die Abteilung „Industrie und Technologie“ gegründet. In die 80er Jahre fällt auch die erste „Strukturberichterstattung“ im Auftrag der Bundesregierung. Zur Abrundung und Vertiefung der traditionellen Verteilungsrechnungen des DIW und auf Empfehlung des Wissenschaftsrates²⁾ wurde 1983 das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am DIW angesiedelt. Nach dem politischen Umbruch in Osteuropa wurden die wirtschaftlichen Transformationsprobleme dieser Region und insbesondere die ökonomische Bewältigung der deutschen Einheit zu einem zentralen Forschungsschwerpunkt des Instituts.

Bis 1976 wurde das DIW im Rahmen des Königsteiner Staatsabkommens gefördert. Seit 1977 wird es als selbständige Forschungseinrichtung nach der Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung von Bund und Sitzland je zur Hälfte finanziert.

²⁾ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, a.a.O., S. 44 und 48.

Nach § 2 der Satzung hat das Institut, das die Rechtsform eines eingetragenen Vereins hat, die Aufgabe, „die wirtschaftlichen Vorgänge des In- und Auslandes zu beobachten und zu erforschen, die Ergebnisse seiner Arbeiten nach Möglichkeit zu veröffentlichen und Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft durch Erstattung von Berichten und Gutachten zu unterstützen.“ Den Schwerpunkt seiner Arbeit sieht das DIW in der empirischen Wirtschaftsforschung auf der Basis theoretischer Erklärungsmodelle. Beobachtet und analysiert werden sollen die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung und deren Bestimmungsgründe im In- und Ausland, die mittel- und längerfristigen strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft und ihrer Teilbereiche sowie der weltwirtschaftliche Strukturwandel. Das Institut bekennt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu seiner theoretischen und methodischen Vielfalt und zu der empirischen Fundierung seiner wirtschaftspolitischen Aussagen. Gegenwärtig verfügt das Institut neben der Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und dem Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung über neun Forschungsabteilungen:

- Konjunktur
- Öffentlicher Sektor
- Strukturforschung
- Industrie und Technologie
- Verkehr
- Energie und Rohstoffe
- Berlin-Brandenburg
- Osteuropa
- Weltwirtschaftliche Strukturen.

Die Forschungsabteilungen werden unterstützt von der Abteilung „Zentrale Dienste“, zu der Bibliothek und Archiv sowie die Betreuung der Veröffentlichungen des Instituts gehören. Die Unterstützungsleistungen im Bereich Programmierung und Statistik sind, dezentral organisiert, in jeder Abteilung vorhanden.

Das DIW weist einen relativ hohen Serviceanteil von im Durchschnitt etwa 30 % der Arbeitszeit der Wissenschaftler und Statistiker/Programmierer auf. Serviceleistungen werden vor allem bei der Erstellung von Spezialstatistiken sowie der Erhebung, Aufbe

reitung und Weitergabe von Primärdaten sowie im Rahmen von Anfragen durch Datennutzer erbracht. Darüber hinaus führt das Institut Forschungen im Auftrag öffentlicher und privater Stellen durch. Der Anteil der Auftragsforschung am Gesamthaushalt betrug 1995 mit steigender Tendenz gegenüber den Vorjahren 45 %. Um die Qualität seiner Arbeit zu sichern, bedarf es nach Auffassung des Instituts grundfinanzierter Ressourcen, die es den Mitarbeitern ermöglichen, sich mit aktuellen theoretischen und methodischen Fragen auseinander zu setzen. Das Institut geht deshalb davon aus, dass das gegenwärtig erzielte Verhältnis von grundfinanzierter zu Auftragsforschung nicht weiter zugunsten der Auftragsforschung ausgeweitet werden kann.

A.II. Arbeitsschwerpunkte

Das Institut gliedert sich in neun Forschungsabteilungen, denen jeweils fünf bis sieben Forschungsbereiche angehören, sowie die Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und das Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung (vgl. Organigramm des Instituts, Anhang 1). Das Institut beschreibt die Arbeitsschwerpunkte der Abteilungen wie folgt:

- Abteilung „Konjunktur“

Aufgabe der Abteilung (acht grundfinanzierte Stellen für Wissenschaftler und vier Drittmittelstellen, davon zwei befristet besetzt) ist es, die verschiedenen Einflüsse, denen die wirtschaftliche Entwicklung permanent ausgesetzt ist, zu analysieren und daraus - teilweise mit Hilfe ökonometrischer Mehr-Länder-Modelle - kurzfristig Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abzuleiten. Grundlage hierfür ist eine in sich geschlossene vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die für die Bundesrepublik Deutschland erstellt wird. Darüber hinaus werden Untersuchungen zur monetären Situation im In- und Ausland durchgeführt. Basierend auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden neben den gesamtwirtschaftlichen Analysen spezielle Untersuchungen über den Außenhandel, den Arbeitsmarkt, den privaten Verbrauch sowie über Bau- und Ausrüstungsinvestitionen durchgeführt. Dabei wird der Analyse des ostdeutschen Anpassungsprozesses mit Hilfe der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, soweit sie noch nach Ost- und Westdeutschland getrennt erstellt werden kann, Rechnung getragen. Ausgewählte Forschungsvorhaben beschäftigen sich mit den Möglichkeiten nationaler Geldpolitik bei offenen Märkten oder mit zentralisierten versus dezentralisierten Formen der Lohnfindung.

- Abteilung „Öffentlicher Sektor“

Aufgabe der Abteilung (vier grundfinanzierte Stellen und fünf Drittmittelstellen, davon eine befristet besetzt) ist die Analyse und Bewertung der staatlichen Aktivitäten und die Quantifizierung der Wirkungen auf wichtige volkswirtschaftliche Größen. Im Bereich der Finanzpolitik werden Untersuchungen der wichtigen Reformvorhaben durchgeführt und eigene Vorschläge entwickelt. Zuletzt standen die Wirkungen der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums, die Neuregelung des Familienlastenausgleichs, die Auseinandersetzung um die öffentlichen Finanztransfers von West nach Ost sowie die Bewertung des finanzpolitischen Handelns im deutschen Vereinigungsprozess im Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten. Ein Beispiel hierfür ist auch die Analyse eines integrierten Steuer- und Transfersystems. Im Zusammenhang mit der laufenden Analyse der Sozialversicherungshaushalte wird der Frage nach den Perspektiven für die Systeme der sozialen Sicherung nachgegangen und zwar in engem Kontext zum Beschäftigungssystem. Dies erfordert nach Auffassung der Abteilung auch die Auseinandersetzung mit Fragen der Arbeitszeitgestaltung, der durch soziale Lasten geprägten Lohnkostenentwicklungen und der Lohndifferenzierung für Problemgruppen des Arbeitsmarktes. In der Umweltforschung prägt die Untersuchung der Funktionsweise und Wirkungen des umweltpolitischen Instrumentariums die Forschungsaktivitäten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Analyse der Reform des bestehenden Steuersystems unter umweltpolitischen Aspekten. Im Referat Bildung und Ausbildung werden einzelne Bereiche des Bildungssystems, insbesondere die berufliche Bildung und Weiterbildung, auf ihre Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes untersucht. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf der Eingliederung von Problemgruppen.

- Abteilung „Strukturforschung“

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Abteilung (vier grundfinanzierte Stellen und fünf Drittmittelstellen sowie eine Doktoranden-/Postdoktorandenstelle) stehen Strukturanalysen der deutschen Wirtschaft. Analysiert werden mittel- und längerfristige Entwicklungstendenzen, die Projektionen und Szenarien demographischer und wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse einschließen. Des weiteren gehören zu dem Forschungsprogramm Analysen der Wirkungen weltwirtschaftlicher Entwicklungen auf den Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland. In den Arbeitsgebieten, die sich mit der sektoralen Entwicklung beschäftigen, stehen disaggregierte Untersuchungen der Verhaltensweisen wirtschaftlicher Akteure sowie gesamtwirtschaftliche Analysen unter sektorialem Aspekt im Vordergrund. Letztere finden ihren Niederschlag vor allem in der Strukturberichterstattung. Im Bereich der Strukturanalysen des Arbeitsmarktes werden zum einen die Zusammenhänge zwischen Lohnbildungsprozessen und dem Beschäftigungsverhalten der Unternehmen, zum anderen Fragen der Flexibilisierung von Arbeitszeiten in Verbindung mit der Veränderung von Betriebszeiten untersucht. In die Forschungsfelder der Abteilung integriert sind außerdem Wirkungsanalysen des Umweltschutzes sowie Untersuchungen der Bau- und Wohnungswirtschaft und der Dienstleistungen. Im Dienstleistungsbereich geht es um die vertiefte Analyse der Voraussetzungen und Konsequenzen von Verschiebungen auf der Angebots- und Nachfrageseite. Im Arbeitsgebiet Input-Output-Rechnung werden Analysen und Simulationsrechnungen der sektoralen Wirkungen von Nachfrageimpulsen sowie von Preis- und Kostenänderungen durchgeführt. Diese Arbeiten stehen in enger Verbindung mit den

Strukturuntersuchungen sowohl auf gesamtwirtschaftlicher Ebene als auch in der Regionalforschung. Im Arbeitsgebiet Bevölkerungsforschung werden sowohl gesamtäumliche als auch regionale Analysen und Projekte zur Bevölkerungsentwicklung durchgeführt.

- Abteilung „Industrie und Technologie“

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Abteilung (sechs grundfinanzierte Stellen und sechs Drittmittelstellen, davon eine befristet) stehen die Analyse und Prognose der industriellen Entwicklung, die Bewertung von industrie- und technologiepolitischen Maßnahmen sowie des Umweltschutzes. Die industrielle Entwicklung wird im kurzfristigen Bereich auf der Ebene von Branchen analysiert und prognostiziert. Die industriellen Langfristszenarien werden in Zusammenarbeit mit der Abteilung „Strukturforschung“ im DIW und dem Arbeitskreis „Langfristprognose“ erstellt, dem Großunternehmen aus unterschiedlichen Branchen angehören. Außerdem werden zur Untersuchung der langfristigen Entwicklung von Sektoren internationale Vergleiche von Produktivität, Wachstum und Beschäftigung durchgeführt. Im Rahmen ihrer industrieökonomischen Forschung greift die Abteilung Themen auf, die sich mit dem Verhalten des Staates als wirtschaftlichem Akteur und den sich ändernden Marktstrukturen befassen. Mit der Entwicklung und dem Aufbau von sektoralen FuE-Kapitalstöcken und der Analyse von Wissensströmen zwischen Branchen beschäftigt sich der Arbeitsbereich Forschung, Entwicklung und Innovation. Darüber hinaus werden Bestimmungsgründe und Wirkungen der Ansiedlung von Produktions- und Forschungseinheiten multinationaler Unternehmen untersucht. Schließlich werden die Wirkungen der auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zielenden innovationsorientierten Förderprogramme analysiert. In Kooperation mit der Abteilung „Strukturforschung“ wird an einer Konzeption zur Analyse der ökonomischen Wirkungen des Umweltschutzes gearbeitet.

- Abteilung „Verkehr“

Gegenstand der Verkehrsforschung sind verkehrsökonomische Fragen, die auf der Grundlage empirischer Methoden bearbeitet werden. Der Schwerpunkt der Abteilung (eine grundfinanzierte Stelle und sieben Drittmittelstellen) liegt auf globalen (in der Regel auf Deutschland bezogenen) und alle Verkehrsformen umfassenden Untersuchungen. Insgesamt bearbeitet die Abteilung Fragen zu verkehrsverursachenden Faktoren, zur Finanzierung der Infrastruktur, zu den Wechselwirkungen zwischen Verkehr und Siedlungsstruktur, zur Bedeutung des Verkehrssektors für Wirtschaft und Beschäftigung, zu den Folgewirkungen des Verkehrsgeschehens und den Möglichkeiten, gestaltend auf das Verkehrssystem einzuwirken, sowie zu Methoden der Verkehrsabbildung. Kontinuierlich werden von der Abteilung Kenngrößen des Verkehrssektors statistisch erfasst sowie in ihrer Entwicklung analysiert und prognostiziert. Im Forschungsbereich Kommunikation/Medien werden die Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechniken auf Angebot und Nachfrage von Medienprodukten und Telekommunikationsleistungen analysiert.

- Abteilung „Energie und Rohstoffe“

Aufgabe der Abteilung (sieben grundfinanzierte und zwei Drittmittelstellen) ist die empirische Fundierung von Strategien für eine gesicherte und umweltverträgliche Energie-

und Rohstoffversorgung sowie für den ökonomischen Einsatz der Ressourcen. Auf energiewirtschaftlichem Gebiet wird insbesondere ein Instrumentarium entwickelt, mit dem verschiedene Strategien zur Reduktion der energiebedingten Klimagasemissionen untersucht und hinsichtlich des verwendeten Technik-Mix optimiert werden können. Von Bedeutung sind daneben Wirkungsanalysen energie- und umweltpolitischer Maßnahmen, Untersuchungen zu Ordnung und Wettbewerb auf Energiemärkten, empirisch gestützte Prognosen und Szenarien des Energiebedarfs und seiner Deckung auf regionaler und nationaler Ebene sowie Arbeiten zur Verbesserung der statistischen Grundlagen. Auf rohstoffwirtschaftlichem Gebiet befasst sich die Abteilung vorrangig mit der ökonomischen und ökologischen Analyse der Nutzung von oberflächennahen Rohstoffen. Einen traditionellen Schwerpunkt der Arbeiten der Abteilung bilden Untersuchungen der internationalen Rohstoffmärkte unter besonderer Berücksichtigung der weltweiten Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen und der jeweiligen Versorgungssituation. Dabei werden rohstoffwirtschaftliche Veränderungen vor allem in Mittel- und Osteuropa beobachtet. Die methodischen Ansätze stützen sich im Energie- und Rohstoffbereich nicht allein auf wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen, sondern auch auf Erkenntnisse anderer Disziplinen, insbesondere der Ingenieur- und Naturwissenschaften.

- Abteilung „Berlin-Brandenburg“

Die Arbeiten der Abteilung „Berlin-Brandenburg“ (sechs grundfinanzierte Stellen und drei Drittmittelstellen, davon eine befristet) ordnen sich in die regionalökonomische Forschung ein. In den letzten Jahren konzentrierte sich die Arbeit der Abteilung auf wirtschaftliche Fragen der neuen Bundesländer. Aufgrund des Standortes des DIW in Berlin und der besonderen regionalwissenschaftlichen und regionalpolitischen Herausforderungen stehen die Forschungsaktivitäten zur Region Berlin-Brandenburg an exponierter Stelle. Es findet eine laufende Beobachtung der konjunkturellen Situation sowie der wirtschafts- und arbeitsmarktstrukturellen Situation der Region statt. Ein weiterer Schwerpunkt war und ist die Beobachtung und Analyse des Aufbauprozesses in den neuen Ländern in Zusammenarbeit mit dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Außerdem wurde eine Dokumentation über die Mittelverausgabung aus dem EU-Strukturfond und EU-Programmen in den verschiedenen neuen Bundesländern erstellt, und es wurden Entwicklungsszenarien für verschiedene Bundesländer oder Regionen abgeleitet. Für andere Abteilungen des Instituts, die zur Verkehrssituation oder Energieversorgung der Region arbeiten, liefert die Abteilung ökonomische Grunddaten und Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung.

- Abteilung „Osteuropa“

Im Zentrum der Forschungsarbeiten der Abteilung (drei grundfinanzierte Stellen und drei Drittmittelstellen, davon eine befristet, sowie eine Postdoktorandenstelle) lag in den letzten Jahren die Analyse des Übergangs von einer traditionellen sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft zu einer auf Privateigentum basierenden Marktwirtschaft. Die Forschungstätigkeit erfolgt in Kooperation mit Forschungsinstituten und Hochschulen im Inland, im westlichen Ausland und in Osteuropa. Im Rahmen der übergreifenden Problemstellung der Systemtransformation liegen die thematischen Schwerpunkte bei Fragen der Stabilisierung und des Wachstums. Dabei werden in aktuellen Forschungs-

projekten die Probleme der Geld-, Fiskal-, Lohn- und Wechselkurspolitik, der Ordnungspolitik, der Investitionsfinanzierung und des industriellen Strukturwandels analysiert. Des Weiteren werden die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Länder Mittel- und Osteuropas untersucht. Grundsätzlich wird in den Analysen ein komparativer Ansatz verfolgt; wichtige Themen werden für einzelne Länder vertieft bearbeitet.

- Abteilung „Weltwirtschaftliche Strukturen“

Die Arbeiten der Abteilung (eine grundfinanzierte Stelle und fünf Drittmittelstellen, eine Doktoranden-/Postdoktorandenstelle) konzentrieren sich auf drei große Themenfelder: Internationale technologische Wettbewerbsfähigkeit der großen Industrieländer unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands, Einbindung der Länder Ost- und Mitteleuropas in die Weltwirtschaft und die EU sowie Integrationsprobleme im Zusammenhang mit der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Zur Verbesserung der statistischen Basis für diese Arbeiten erfolgen Abstimmungen zwischen internationalen und nationalen Handels- und Produktionsstatistiken. Eine Datenbank über Direktinvestitionen ist in Entstehung. Im Bereich der Handels- und Kapitalverflechtung werden Forschungsentwicklungen aufgegriffen, in denen die Standorttheorie mit der Außenhandelstheorie verbunden wird. Es wird versucht, für Deutschland und seine wichtigsten Konkurrenzländer Standortfaktoren zu bestimmen sowie für die wichtigsten Länder Ost- und Mitteleuropas typische Außenhandelsstrukturmuster in Abhängigkeit von verschiedenen ökonomischen Indikatoren abzuleiten.

- Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) wird seit 1983 vom DIW durchgeführt. Die Projektgruppe verfügt über zwei grundfinanzierte Stellen und fünf Drittmittelstellen, davon zwei befristet. Ihre zentrale Aufgabe ist die repräsentative Längsschnitterhebung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus wird im Institut eine Vielzahl von Arbeiten zu Fragen der Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Einkommen und Sozialpolitik mit Hilfe der SOEP-Daten bearbeitet. Die anonymisierten Daten des SOEP werden für die wissenschaftliche Forschung unentgeltlich auf Disketten und Magnetbändern weitergegeben. Durch die große Zahl von Datennutzern, die nahezu alle Universitäten in der Bundesrepublik repräsentieren (dazu kommen fast 100 internationale Nutzer), stehen die Serviceleistungen des Projekts im Vordergrund der Arbeiten. Die Finanzierung des SOEP erfolgt gegenwärtig durch die DFG; der Antrag auf Aufnahme des SOEP als Serviceeinrichtung in Form einer Abteilung im DIW innerhalb der Blauen Liste wurde vom Land Berlin gestellt. Der Wissenschaftsrat hat 1994 eine Stellungnahme zum Sozio-oekonomischen Panel abgegeben und empfohlen, das Panel als eigenständige Abteilung in das DIW zu integrieren und gemeinsam als Bundesländer-Serviceeinrichtung der Blauen Liste zu fördern,³⁾ wobei der Forschungsanteil dieser Einrichtung bis zu 50 % betragen soll, um dadurch ein hohes Niveau der Servicearbeiten sicherzustellen.

³⁾ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Sozio-oekonomischen Panel, in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1994, Band II, S. 161-183.

- Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung

Hauptziel des Kooperationsbüros (zwei Drittmittelstellen) ist die Unterstützung der wirtschaftspolitischen Beratung bei den Reformen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der GUS. Es arbeitet seit Ende 1992 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und stellt aktuelle Informationen und sonstige Dienstleistungen für Forschungsinstitute, die Öffentlichkeit, für Ministerien und Verwaltung bereit. Kernstück der Arbeit des Kooperationsbüros ist eine mehrfach gegliederte Datenbank, die weltweit konzipiert ist und in englischer Sprache geführt wird. Hier werden Angaben über die laufenden wissenschaftlichen Arbeiten auch im Bereich der grauen Literatur gehalten. Zur Vermittlung von Forschungspartnerschaften wird eine Expertendatenbank geführt. Die Datenbank wird abgerundet durch ein Inventar der für Wirtschaftsforschung relevanten Institutionen in Ost und West. Neben dem kostenlosen Datenbankservice werden auch andere Hilfen, wie die Vermittlung von wissenschaftlichen Kontakten in den mittel- und osteuropäischen Partnerländern oder die Hilfestellung bei der Beschaffung wirtschaftsbezogener Statistiken aus Mittel- und Osteuropa, kostenlos geleistet.

Als zentrale wirtschaftspolitische Fragen, die im Rahmen von Querschnittsuntersuchungen die Arbeit des Instituts prägen, werden genannt: Konjunktur und Wachstum, umweltverträgliches Wachstum, Standortqualität und internationaler Wettbewerb, globaler und nationaler Strukturwandel, deutsche Vereinigung, Arbeitsmarkt und Einkommensverteilung sowie öffentliche Budget-Defizite. Bei der Bearbeitung der Forschungsthemen praktiziert das DIW nach eigenen Angaben eine abteilungsübergreifende Kooperation. So wird im Arbeitskreis Mittel- und Langfristszenarien das Forschungspotential des Bereichs Strukturforschung mit dem aller übrigen Bereiche zusammengeführt. Ähnliches gilt für den Arbeitskreis Konjunktur. Das Sozio-oekonomische Panel greift Fragen aus den Forschungsfeldern Arbeitsmarkt und Erwerbsbeteiligung, Einkommensverteilung und Wohnungswirtschaft auf oder liefert wichtige Bausteine zu dortigen Projekten und Arbeiten im Bereich der Bevölkerungsforschung. Die Arbeiten zur ökologischen Steuerreform werden in Kooperation zwischen den Bereichen Öffentlicher Sektor, Energie- und Rohstoffe, Verkehr, Industrie und Technologie sowie Strukturforschung bearbeitet. Fragen der technologischen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft werden abteilungsübergreifend von den Forschungsbereichen Strukturforschung, Industrie und Technologie sowie weltwirtschaftliche Strukturen analysiert. Ebenso sieht das Institut die Notwendigkeit, die Analyse der Eingliederung Mittel- und Osteuropas in die internationale Arbeitsteilung in enger Kooperation mit dem Bereich Weltwirtschaftliche Strukturen durchzuführen.

Zum Bereich Zentrale Dienste des Instituts gehören neben der Verwaltung die Bibliothek und das Archiv, die Zentrale Datenverarbeitung und Mathematische Beratung sowie die Veröffentlichungen und die Technische Redaktion und Graphik. Über die Zentrale Datenverarbeitung hinaus verfügen alle Forschungsabteilungen über eine eigene Einheit für Programmierung und Statistik.

Bei der Bibliothek des DIW handelt es sich in erster Linie um eine Präsenzbibliothek. Die folgenden Angaben zur Ausstattung beziehen sich auf das Jahr 1995.

BESTAND

- an Büchern: 110.000
- an Zeitschriften: 612 Titel
- an „nicht-jährlichen“ Statistiken: 220 Titel
- an Tageszeitungen: 20 Titel
- Working Paper-Serien: 76

Infolge des Präsenzcharakters stehen überwiegend interne Nutzungen im Vordergrund. Dennoch werden in verstärktem Umfang externe Serviceaufgaben, überwiegend für Studenten, angeboten. Nach groben Schätzungen werden die in der Bibliothek zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze zu rund 90 % von Studenten in Anspruch genommen. Mit der zur Zeit stattfindenden Implementierung eines hausweiten Netzes hofft das Institut, die Effizienz des internen Ausleihverfahrens zu verbessern. In diesem Zusammenhang wird gegenwärtig geprüft, den Bestand der Bibliothek via Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

A.III. Organisation und Ausstattung

Organisation

Das Institut wird vom Präsidenten im Einvernehmen mit den Abteilungsleitern, die einen Sprecher aus ihrer Mitte wählen, geleitet. Der Präsident ist C4-Professor für Volkswirt

schaftslehre an der Freien Universität Berlin. Organe des DIW sind der Vorstand und das Kuratorium. Satzungsmäßig verankert sind außerdem die Mitwirkungsrechte des Kollegiums der Abteilungsleiter, dem der Präsident vorsteht. Im Kuratorium sind neben Bund und Sitzland verschiedene natürliche und juristische Personen (Banken, Unternehmen, Parteien, Gewerkschaften) als Vereinsmitglieder vertreten. Das Kuratorium nimmt weitgehend die Aufgaben der Mitgliederversammlung des DIW wahr. Es soll einmal im Jahr zusammentreten und fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Zu den Aufgaben gehören die Wahl des Vorstandes, die Genehmigung des Haushaltsplans, die Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes sowie die Beschlussfassung über Vorlagen, bei denen eine Übereinstimmung im Institutsausschuss, der sich aus dem Präsidenten, dem Kollegium der Abteilungsleiter und dem Betriebsrat zusammensetzt, nicht zustande gekommen ist, und über damit im Zusammenhang stehende Anordnungen des Vorstandes. Jedes Mitglied hat eine Stimme; die Vereinigung der Freunde des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. hat zwei Stimmen. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin sind jeweils mit fünf Stimmen vertreten. Der Vorsitzende des Kuratoriums sowie ein oder zwei Stellvertreter werden vom Kuratorium für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Der Vorstand und das Kollegium der Abteilungsleiter nehmen an den Sitzungen teil. Sie sind berechtigt, vorzutragen und Anträge zu stellen.

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten des DIW als Vorsitzendem, einem stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu vier weiteren Vorstandsmitgliedern. Er wird vom Kuratorium gewählt. Der Präsident wird auf die Dauer von fünf, die übrigen Vorstandsmitglieder auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ übertragen sind. Ihm obliegt insbesondere die Einberufung des Kuratoriums sowie die Aufstellung der Tagesordnung der Sitzungen, die Ausführung der Beschlüsse des Kuratoriums, die Aufstellung des Haushaltsplans und der Jahresrechnung sowie die Aufstellung des Jahresberichts sowie Entscheidungen von grundsätzlicher und erheblicher praktischer Bedeutung für die Aufgaben des Instituts. Der Präsident wird im Innenverhältnis bei der Leitung der wissenschaftlichen Arbeit durch den Sprecher des Kollegiums der Abteilungsleiter vertreten.

Die Satzung schreibt übereinstimmende Beschlüsse des Vorstandes und Kollegiums der Abteilungsleiter bei der Aufstellung des Haushaltsplans vor. Außerdem ist das Kollegium vor der Wahl von Vorstandsmitgliedern sowie vor der Zuwahl von Mitgliedern des Kuratoriums zu hören. Die Einstellung, Beförderung und Kündigung von Mitarbeitern soll im Einvernehmen mit dem Kollegium erfolgen. Der Präsident führt den Vorsitz im Kollegium der Abteilungsleiter, übt aber kein Stimmrecht aus.

Das DIW verfügt seit 1994 über einen siebenköpfigen Wissenschaftlichen Beirat, der mindestens einmal jährlich zusammentritt. Von den sieben Beiratsmitgliedern sind vier für vier Jahre und drei für drei Jahre gewählt; Wiederwahl ist einmal zulässig. Die Berufung der Beiratsmitglieder erfolgt auf Vorschlag des Vorstandes durch das Kuratorium. Präsident, Abteilungsleiter oder einzelne Mitarbeiter des DIW können zu den Beratungen hinzugezogen werden. Auf Wunsch des Kollegiums der Abteilungsleiter oder des Betriebsrats ist der Präsident anzuhören. Die Ergebnisse der Beratungen werden regelmäßig dem Kuratorium des DIW vorgetragen.

Im Rahmen der bisherigen vier Beratungssitzungen hat sich der Beirat nach Angaben des Instituts vor allem einen Gesamteindruck von der Arbeit des Instituts verschafft. In diesem Zusammenhang wurden sämtliche Abteilungen und Projektgruppen des DIW zu ihren Schwerpunkten bzw. zur Arbeitsweise und Struktur des Instituts angehört. Die Beiratsempfehlungen zu einzelnen Forschungsschwerpunkten und zur Organisationsstruktur des DIW wurden anschließend den Mitarbeitern des Instituts vorgestellt. Der Wissenschaftliche Beirat empfiehlt vor allem, den organisatorischen Anpassungsprozess des Instituts an veränderte Themenstellungen weiter voranzutreiben, verstärkt abteilungsübergreifende Arbeits- und Forschungsgruppen zu konstituieren sowie die Forschungsarbeiten insbesondere in den Abteilungen Industrie und Technologie, Verkehr, Energie und Rohstoffe, Berlin-Brandenburg und Weltwirtschaftliche Strukturen noch stärker international auszurichten.

III.1.a) Ausstattung

Der Wirtschaftsplan des DIW weist im Grundhaushalt für das Haushaltsjahr 1995 Einnahmen in Höhe von 16,6 Mio. DM aus. Davon entfielen auf Einnahmen aus der institutionellen Förderung des Bundes und des Landes 16 Mio. DM. Auf der Ausgabenseite entfielen auf die Personalausgaben 13,1 Mio. DM, auf sächliche Verwaltungsausgaben 2,7 Mio. DM und auf Investitionen 0,8 Mio. DM.

Im Rahmen von Projektaufträgen hat das DIW im Haushaltsjahr 1995 insgesamt 14 Mio. DM an Drittmitteln eingenommen. Hiervon entfielen rund 40 % auf Mittel des Bundes und rund 30 % auf Fördermittel der DFG, davon allein 28,5 % für das SOEP (vgl. Anhang 4).

Das DIW verfügt zur Zeit (Stand: Juni 1996, Soll) über insgesamt 120 grundfinanzierte Stellen, davon 68 Stellen für Wissenschaftler und 52 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal (vgl. Anhang 2). Hinzu kommen im wissenschaftlichen Bereich 48 Drittmittelstellen (darunter acht befristet besetzt) und drei Doktoranden-/Postdoktorandenstellen, die alle befristet besetzt wurden (vgl. Anhang 3). Von den grundfinanzierten Stellen für Wissenschaftler sind gegenwärtig 44 (alle unbefristet) besetzt. Die Differenz zum Soll von 68 etatisierten Stellen für Wissenschaftler kommt dadurch zustande, dass das Institut - um entsprechende Anreizstrukturen zu schaffen - Wissenschaftler verstärkt über den Auftragshaushalt abrechnet.

Die tatsächliche Personalausstattung im Wissenschaftlerbereich für die neun Forschungsabteilungen, die Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel, das Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung sowie die Zentralen Dienste stellt sich wie folgt dar:

- In den Forschungsabteilungen sind 40 Stellen für Wissenschaftler, 40 Drittmittelstellen sowie drei Stellen für Doktoranden/Postdoktoranden besetzt. Insgesamt stehen in diesen Abteilungen demnach 83 Stellen für Wissenschaftler zur Verfügung, davon sind zehn befristet besetzt.

- In der Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel existieren zwei etatisierte Stellen, die unbefristet sind, und fünf Drittmittelstellen, von denen zwei unbefristet besetzt sind. Das Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung verfügt über zwei unbefristet besetzte Wissenschaftlerstellen.
- Im Bereich der Zentralen Dienste bestehen zwei etatisierte Stellen und eine Drittmittelstelle für Wissenschaftler, die alle unbefristet besetzt sind.

Von den 95 Wissenschaftlern in den Forschungsabteilungen einschließlich der Projektgruppe und des Kooperationsbüros verfügen die meisten über einen Abschluss in Volkswirtschaftslehre. Darüber hinaus sind in Einzelfällen als Ausbildungsabschlüsse Geologie, Ingenieurwissenschaften, Mathematik, Soziologie/Sozialwissenschaften und Politologie vertreten. 56 Wissenschaftler sind promoviert. Der Altersdurchschnitt in den Forschungsabteilungen beträgt 45,8 Jahre. Insgesamt sind 43,8 % der Wissenschaftler am DIW älter als 50 Jahre. 21,4 % der am Institut tätigen Wissenschaftler sind Frauen.

Die Verweildauer des wissenschaftlichen Personals am Institut weist folgende Werte auf: Rund ein Drittel der Wissenschaftler ist 25 Jahre und länger am DIW beschäftigt, weitere 20 % sind zwischen 16 und 25 Jahren am Institut.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in der Regel von den Hochschulen rekrutiert. Nach Mitteilung des DIW ist die Rekrutierung erfahrener Mitarbeiter schwierig. Dieses liege vor allem an der Ausrichtung der Bezahlung am Bundesangestelltentarif (BAT). Berufsanfänger werden mit BAT IIa eingruppiert und erhalten einen Zeitvertrag, der nach einer Bewährungszeit von in der Regel fünf Jahren in einen Dauervertrag umgewandelt werden kann.

Erfahrene Mitarbeiter - z. B. mit Promotion und mehreren Publikationen - werden in der Regel nach BAT Ib eingruppiert und erhalten ebenfalls einen Zeitvertrag. In rund einem Drittel der Fälle konnte das Institut in den letzten Jahren erfahrene bzw. promovierte Mitarbeiter gewinnen.

In den Jahren 1993 bis 1995 haben 15 Wissenschaftler das DIW verlassen. Davon haben seit 1992 fünf Mitarbeiter sieben Rufe an Universitäten oder Fachhochschulen erhalten; fünf Rufe wurden angenommen.

Hinsichtlich der Ausstattung mit Sach- und Investitionsmitteln weist das Institut auf die schwierige finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte im Bund und insbesondere in Berlin hin. So seien für 1996 Einschnitte in Höhe von 12,3 % der zunächst in den Wirtschaftsplanverhandlungen für 1996 festgelegten Förderung beschlossen worden. Für die Haushaltsplanverhandlungen für das Jahr 1997 sei absehbar, dass das Zuwendungsniveau weiter abgesenkt werden solle. Angesichts eines Personalkostenanteils von rund 80 % sieht die Leitung des Instituts wenig Möglichkeiten, die Kürzungen durch eine sparsame Haushaltsführung aufzufangen. Hinzu komme, dass die Ausstattung mit Personalmitteln bereits im Verlauf der letzten Jahre deutlich knapper geworden sei. Die Ausstattung mit Sachmitteln im Grundhaushalt lag 1995 um knapp 7 % unter dem Betrag für 1993. Die Ausstattung mit Investitionsmitteln war in den letzten Jahren von der Realisierung einer mittelfristigen DV-Konzeption für die Jahre 1992 bis 1995 geprägt, auf deren Grundlage ein EDV-Netz errichtet und die Arbeitsplätze mit den erforderlichen PC-Systemen versorgt worden sind. Das DIW verfügt in diesem Bereich über eine moderne Infrastruktur. Für die Weiterentwicklung der DV-Konzeption und den entsprechenden Ersatzbedarf zeichnen sich nach Information des Instituts jedoch bereits finanzielle Engpässe ab, zumal die Mittelansätze für Sachinvestitionen von 1993 bis 1995 stark zurückgenommen werden mussten. Insgesamt betrachtet das Institut die Ausstattung mit Personal-, Sach- und Investitionsmitteln - bezogen auf das Jahr 1995 - als nicht zufriedenstellend; dies verschlechterte sich im Jahre 1996 weiter.

A.IV. Veröffentlichungen und Tagungen

Für Monographien bedient sich das DIW hauptsächlich der hauseigenen Publikationen in Zusammenarbeit mit dem Verlag Duncker & Humblot (für die deutschsprachigen Veröffentlichungen) und den Verlagen Gower Publishing Company und Dartmouth (für die englischsprachigen Veröffentlichungen).

Das am weitesten verbreitete hauseigene Publikationsorgan ist der Wochenbericht, der 1995 im 62. Jahrgang erschien, das gesamte Aufgabenspektrum des DIW abdeckt und durchschnittlich zwei Aufsätze enthält. Er wendet sich nicht nur an die wissenschaftliche Öffentlichkeit, sondern an einen größeren Kreis von Interessenten in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden. Er erscheint in einer Auflagenhöhe, die je nach Thema zwischen 3.650 und 4.000 Exemplaren variiert.

Eine Auswahl der Wochenberichte erscheint einmal monatlich in englischer Sprache im *Economic Bulletin*, das 1995 im 32. Jahrgang erschien. Die Abonnenten kommen aus Europa, Amerika, Asien und dem Nahen Osten, wobei rund ein Drittel dem wissenschaftlichen Bereich zuzurechnen ist. Die Auflagenhöhe beträgt 600 Exemplare.

In den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung, die 1995 im 64. Jahrgang erschienen, werden Beiträge zur empirischen Wirtschaftsforschung publiziert, in denen theoretischen und methodischen Aspekten stärker Rechnung getragen werden kann. Sie sind primär auf die wissenschaftliche Öffentlichkeit ausgerichtet. Die Vierteljahrshefte erscheinen in einer Auflagenhöhe von 850 Exemplaren.

Einzelne Aufsätze, die von DIW-Mitarbeitern oder von Gastwissenschaftlern im DIW erarbeitet wurden, werden als DIW-Diskussionspapiere vervielfältigt und verbreitet. Sie wenden sich vorwiegend an die wissenschaftliche Öffentlichkeit und sind als Vorstufe zu einer hausinternen oder -externen Veröffentlichung gedacht.

Im Jahre 1995 erschienen

- 92 Monographien, darunter 26 extern (1994: 83 Monographien, darunter 21 extern) und
- 163 Aufsätze, darunter 94 Beiträge in Sammelbänden (1994: 164, darunter 95 in Sammelbänden).

Von 51 externen Zeitschriftenpublikationen im Jahre 1995 wurden 18 in referierten Zeitschriften publiziert (1994: 14 von 55).

Seit 1980 gibt es am DIW das sogenannte DIW-Kolloquium als ständige Einrichtung. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe stellen neben Mitarbeitern des DIW auch Wissenschaftler von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen sowie Vertreter der Praxis die Ergebnisse ihrer Arbeit zur Diskussion. 1995 wurden im DIW-Kolloquium 24 Vorträge gehalten, davon mit Ausnahme von zwei Vorträgen alle von auswärtigen Gästen. Darüber hinaus veranstaltet das Institut regelmäßig Konferenzen und Workshops mit Vertretern aus Wissenschaft, Industrie und öffentlicher Verwaltung. Eine dieser Konferenzen ist die zweimal jährlich stattfindende Industrie-Tagung. 1995 haben Wissenschaftler des DIW insgesamt 330 Vorträge auf auswärtigen Fachtagungen gehalten (1994: 220, 1993: 160). Das DIW war in den Jahren 1993 bis 1996 Gastgeber für 35 größere nationale (11) und internationale (24) wissenschaftliche Veranstaltungen.

A.V. Kooperationen, Beteiligung an der Lehre und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Das DIW hat Kooperationsverträge mit der Freien Universität Berlin und mit der Technischen Universität Berlin. Gegenwärtig werden entsprechende Verträge mit der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, und mit der Universität Potsdam verhandelt. Der Präsident, einige Abteilungsleiter und zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligen sich vor allem in Form von Vorlesungen und sonstigen Veranstaltungen. Die Zusammenarbeit in der Forschung erfolgt überwiegend im Rahmen konkreter Forschungsprojekte.

Die Kooperationsbeziehungen sollen die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre verstärken. Im einzelnen handelt es sich um gemeinsame Veranstaltungen, Forschungsprojekte, Lehraufträge, Gastvorlesungen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, zum Beispiel durch Praktika der Studenten am DIW.

Gemeinsame Berufungen gab es bisher bei den Präsidenten. Für die Berufungen von Abteilungsleitern bestehen berufungsähnliche Verfahren unter Beteiligung externer Wissenschaftler. Auch im Rahmen der Kooperationsvereinbarungen mit der Europa-

Universität Viadrina und der Universität Potsdam sind gemeinsame Berufungen vorgesehen.

Im Vordergrund der nationalen außeruniversitären Kooperationen des DIW steht nach Angaben des Instituts die Zusammenarbeit mit den anderen großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten im Rahmen der halbjährlichen Gutachten zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft. Weitere Felder der Zusammenarbeit sind die Arbeiten zu den Anpassungsprozessen in Ostdeutschland, die Berichte zur wirtschaftlichen Lage in Russland und Weißrussland, die Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit, sowie die Strukturberichterstattung. Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist die Mitgliedschaft des DIW in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE), in der das DIW gegenwärtig den Vorsitz und das Generalsekretariat stellt.

Hinsichtlich der internationalen Kooperationen hebt das Institut die Arbeitszusammenhänge mit der *RAND-Corporation* im Rahmen gemeinsamer Tagungen, dem *Korean Development Institute*, dem *Center für Policy Research* der *Syracuse University* (New York) sowie dem *Gdansk Institute for Market Economics*, Danzig, im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte hervor. Feste Arbeitsbeziehungen gibt es im Rahmen der Projektgruppe SOEP mit der *Northwestern University* (Evanston, USA) und der *University of Melbourne* (Australien). Thematisch konzentriert sich die europäische Forschungszusammenarbeit vor allem auf vier Gebiete: 1. Weiterentwicklung, gegenseitige Angleichung und Verknüpfung nationaler Konjunkturmodelle in wichtigen Mitgliedstaaten, 2. Sozio-oekonomisches Panel, 3. Mitarbeit in der internationalen Arbeitsgruppe „The economic interpenetration between EC and Eastern Europe“ der Europäischen Kommission, 4. Telekommunikationsforschung.

Durch das SOEP bestehen intensive Verbindungen zum luxemburgischen Institut CEPS. In Ost-Mittel-Europa bestehen unter anderem Kontakte zum Research Center On European Integration der Universität Danzig, zum Institut für Marktwirtschaft mit Hauptsitz in Danzig, zur *Warsaw School of Economics*, zum Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie zum sozialwissenschaftlichen Institut TARKI in Budapest.

Das DIW unterstützt die direkte Verbindung zu Universitäten und Fachhochschulen auch durch Freistellung von DIW-Wissenschaftlern für Lehraufträge. In den Jahren 1993 bis 1996 haben insgesamt 29 Wissenschaftler des Instituts 79 Lehrveranstaltungen, vor allem an der Technischen Universität Berlin und an der Freien Universität Berlin, durchgeführt. Der Präsident des Instituts lehrt Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin.

In den Jahren 1993 bis 1996 wurden fünf Promotionen und zwei Habilitationen abgeschlossen. 15 Promotionsverfahren und drei Habilitationsverfahren laufen gegenwärtig. Das DIW hat im Jahre 1992 eine Betriebsvereinbarung zur fachlichen Aus- und Weiterbildung und zur Förderung von Promotionen abgeschlossen. Danach stellt das Institut in einem Anlaufzeitraum von drei Jahren bis zu 3 % der jährlichen Personalmittel für Weiterbildung zur Verfügung. Das Institut sieht darüber hinaus im Rahmen der Jahresarbeitsplanung bis zu 2 % der Wissenschaftlerkapazitäten für Freistellungen und Fortzahlung des Gehalts bei Promotionsvorhaben vor. Im Berichtszeitraum 1993 bis 1996 hat es 17 Freistellungen zur Förderung von Promotionen gegeben. Die Dissertationen werden in der Regel nicht von Hochschullehrern im DIW betreut. Für die Doktoranden gibt es aber die Möglichkeit, in entsprechenden Kolloquien ihre Arbeitsentwürfe untereinander und mit dem Präsidenten und interessierten Abteilungsleitern und Kollegen zu diskutieren. Zu den Mitarbeitern des DIW gehören zur Zeit fünf hauptamtliche Hochschullehrer, die sowohl externe Doktoranden wie Habilitanden betreuen. Die im DIW betreuten Doktoranden kommen vor allem von der Freien Universität Berlin, der Technischen Universität Berlin und der Ruhr-Universität Bochum.

Die Betreuung von Praktikanten spielt nach Informationen des Instituts eine ebenso große Rolle wie die Betreuung von Doktoranden. Bei Praktikanten handelt es sich in der Regel um Diplomstudenten, die kurz vor ihrem Abschluss stehen und durch ihre Tätigkeit im DIW Material für die Ausarbeitung ihrer Diplomarbeit sammeln. Das DIW hat im Zeitraum 1993 bis 1996 111 Praktikanten betreut, von denen rund 10 % aus dem Ausland kamen. Rund ein Drittel der inländischen Praktikanten kommt aus der Region Berlin-Brandenburg.

A.VI. Umsetzung früherer Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat hat das DIW im Jahre 1982 begutachtet und insbesondere einen stärkeren Theorienpluralismus, die Integration der Panelforschung, die Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirates sowie die Verkleinerung der Zahl der Abteilungen empfohlen.⁴⁾ Nach dem Selbstverständnis des DIW ist der Theoriepluralismus eine wichtige Grundlage seiner empirischen Arbeit. Das Forschungsprogramm zeige, dass die Arbeiten auf einer breiten theoretischen Grundlage stünden. Ein markanter Kernpunkt der Forschungsaktivitäten des DIW sowohl im grundfinanzierten Bereich als auch bei den Drittmittelprojekten sei die Erhaltung und Vertiefung des pluralen Wissenschaftsverständnisses. Deswegen solle das DIW auch in Zukunft vergleichsweise stark interdisziplinär ausgerichtet bleiben. Damit unterscheide es sich von anderen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten. Die Panelforschung wurde mit der Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) arbeitsmäßig weitgehend integriert. Das DIW entspricht damit der Empfehlung des Wissenschaftsrates zum Sozio-oekonomischen Panel aus dem Jahre 1994,⁵⁾ die endgültige Integration soll vollzogen werden, nachdem der Wissenschaftsrat zum DIW insgesamt Stellung genommen hat und die langfristige Finanzierung sichergestellt ist. Ein Wissenschaftlicher Beirat wurde 1994 eingerichtet. Die Zahl der Abteilungen des DIW von ehemals zehn im Jahre 1982 wurde um eine Abteilung verringert. Die Abteilung „Geld und Kredit“ wurde 1991 aufgelöst und in die Abteilung „Konjunktur“ integriert.

A.VII. Künftige Entwicklung

Das Institut geht davon aus, dass sein Forschungsprogramm entsprechend seiner Aufgabenstellung auch in Zukunft stark von aktuellen Problemen geprägt sein wird, die weiteren wissenschaftspolitischen Beratungsbedarf hervorrufen. Nachdem zu Beginn der 90er Jahre die Probleme der deutschen Vereinigung und der Transformation im Mittelpunkt der Forschungstätigkeiten des Instituts standen, wird jetzt eine Schwerpunktverlagerung auf Fragen der europäischen Einigung und der Schaffung eines einheitlichen Währungsraumes angestrebt. Dabei sollen die weitere Entwicklung des deut

⁴⁾ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, a.a.O., S. 41-52.

schen Einigungsprozesses und die Umgestaltung in Mittel- und Osteuropa sowie der GUS weiterhin mit Forschungsprojekten begleitet werden. Eine zunehmende Nachfrage sieht das Institut im Zuge der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes außerdem bei geldpolitischen Analysen und Untersuchungen über die regional- und strukturpolitische Begleitung der Marktintegration. Als Weiterungen dieses Themenkomplexes sollen die Erstellung von Langfristszenarien und die Analyse der Implikationen einer Osterweiterung der EU behandelt werden.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass Querschnittsfragestellungen im Bereich Umweltpolitik eine Stärkung erfahren. Im Vordergrund sollen Fragen der Umgestaltung des Steuersystems, die federführend im Bereich Finanzpolitik und Umweltökonomie behandelt werden sollen, und der ressourcenschonenden Energienutzung, die im Bereich Energie und Rohstoffe bearbeitet werden, sowie die Entwicklung eines umweltverträglichen Verkehrssystems behandelt werden.

In der Strukturforschung erlangen nach Meinung des Instituts internationale und multi-regionale Vergleiche einen immer größeren Stellenwert. Die Analyse der internationalen Verflechtungen von Sektoren und Unternehmen über Güter-, Leistungs- und Wissensströme gewinnt im Zuge der Globalisierung an Bedeutung für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit. Auch die umweltökonomische Gesamtrechnung kommt ohne die Erfassung von länderübergreifenden Rohstoff-, Material- und Energieflusströmen nicht aus.

Da sich das DIW als empirisch orientiertes Forschungsinstitut versteht, wird es sich auch in Zukunft an Weiterentwicklungen bei statistischen und ökonometrischen Verfahren beteiligen. Neben neueren Entwicklungen in der Kointegrationstheorie sollen Verfahren Anwendung finden, die relativ robust im Hinblick auf die stochastischen Annahmen über die zugrunde liegenden Datensätze sind. Darüber hinaus wird für einige gesamtwirtschaftliche Problemfelder, wie die Arbeitsmarktforschung, eine stärkere empirische Fundierung auf der Ebene einzelner Wirtschaftssubjekte mittels Paneldaten angestrebt. Das Institut geht davon aus, dass in diesem Zusammenhang die Bedeutung des SOEP weiter wachsen wird.

⁵⁾ Vgl. hierzu Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Sozio-ökonomischen Panel, a.a.O., S. 161-183.

Theoretisch will sich das Institut in den kommenden Jahren vorwiegend an solchen Ansätzen orientieren, die wirtschaftliche Phänomene in einem evolutorischen Kontext beschreiben und erklären. Auf der empirischen Ebene bedeutet dies die Anwendung mikroökonomischer Ansätze auf Basis von Längsschnittdaten über Personen, Unternehmen und Regionen. Das DIW betont, dass institutionenökonomische Erklärungsansätze im Institut stets eine große Rolle gespielt haben. Als Themenfelder werden die Regionalforschung, die Strukturforschung, die Analyse technischen Wandels, der Bereich Öffentliche Finanzen sowie Osteuropa genannt. Unter anderem wird erwartet, dass sich die „Neue Finanzwissenschaft“ stärker institutionellen Details zuwendet und aufgrund der zunehmenden Verfügbarkeit von Längsschnittdaten noch stärker als bisher empirische Verhaltensmodelle einsetzt.

B. Bewertung

B.I. Zur wissenschaftlichen Bedeutung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung leistet seit mehreren Jahrzehnten einen wichtigen und anerkannten Beitrag für die empirische Wirtschaftsforschung der Bundesrepublik Deutschland. Es ist wie die anderen Wirtschaftsforschungsinstitute an der vom Bund finanzierten Konjunktur- und Strukturberichterstattung beteiligt. Einen besonderen Schwerpunkt hat das Institut auf dem Gebiet der konjunkturellen Analysen und Prognosen, das es seit seiner Gründung bearbeitet. Kennzeichnend für die am Institut betriebene empirische Konjunkturforschung ist, dass diese auf der Basis einer eigenen in sich geschlossenen vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfolgt und ökonometrische Kurzfristmodelle der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erstellt werden, die als Grundlage für die Beurteilung alternativer wirtschaftspolitischer Strategien dienen können. Darüber hinaus stellt das Institut, insbesondere mit seinen Datensätzen zur vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, den Kapitalstockberechnungen und, in jüngerer Zeit, dem Sozio-oekonomischen Panel, wichtige Grundlagen für die empirisch arbeitenden Wirtschaftsforscher an den Hochschulen bereit.

Das DIW steht in der Kontinuität seiner bisherigen Arbeiten zur Konjunkturforschung und Strukturberichterstattung, deren Schwergewicht auf der Analyse der von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgehenden Wirkungen liegt und keynesianische Ansätze einbezieht. Eine solche Schwerpunktbildung hat sich als sinnvoll erwiesen, da sie die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion beleben und wichtige komplementäre Perspektiven sowohl zur Theorien- und Methodendiskussion als auch zur Diskussion geeigneter wirtschaftspolitischer Strategien beitragen kann. Wenn das Institut sein Forschungsprogramm in der Zukunft erfolgreich bearbeiten will, muss es der theoretischen Fundierung seiner Arbeiten jedoch verstärkt Beachtung schenken. Die erklärte Absicht, evolutorische Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften zur Erklärung der empirischen Befunde zu nutzen, muss präzisiert und auf der Ebene einzelner Forschungsprojekte operationalisiert werden.

Die wissenschaftlichen Arbeiten des DIW in den letzten Jahren stellen sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht als heterogen dar. Gute empirisch und theoretisch fun

dierte wirtschaftswissenschaftliche Analysen stehen neben Routinearbeiten, die wissenschaftlichen Erfordernissen nur bedingt genügen. Dem widerspricht nicht, dass die Auftraggeber des DIW dessen Gutachten und Stellungnahmen schätzen. Für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Instituts in der Zukunft wird es darauf ankommen, dass die wissenschaftliche Grundlagenkompetenz im Verhältnis zur Auftragsforschung personell und finanziell deutlich gestärkt wird. In diesem Zusammenhang sollte sich das DIW, bei einer Begrenzung des Auftragsanteils am Gesamthaushalt, stärker als bisher auch um Forschungsmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft bemühen.

In seiner Themenwahl hat sich das DIW dem politischen und wirtschaftlichen Strukturwandel der 80er und 90er Jahre und den daraus folgenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen gut angepasst. So wurde 1984 die Abteilung „Industrie und Technologie“ gegründet und nach 1989 wurden die wirtschaftlichen Transformationsprobleme Osteuropas und die ökonomische Bewältigung der deutschen Einheit zu zentralen Forschungsthemen des Instituts. Außerdem wurde ein eigener Arbeitsbereich für umweltökonomische Fragen in die Abteilung „Öffentlicher Sektor“ integriert. Um auch in Zukunft flexibel neue Forschungsthemen aufgreifen und theoretisch und methodisch kompetent bearbeiten zu können, sind jedoch eine Reihe von organisatorischen und personellen Veränderungen notwendig. Die Zahl der Abteilungen des DIW muss deutlich reduziert werden. Im Hinblick auf die wissenschaftliche Leitung sollte die Stellung des Präsidenten gegenüber dem Kollegium der Abteilungsleiter gestärkt werden. An der Forschungsplanung sollte der Wissenschaftliche Beirat des DIW beteiligt werden, der seine Aufgabe gegenwärtig noch nicht zufriedenstellend wahrnimmt und der in Zukunft seine Beratungsmöglichkeiten aktiver nutzen sollte.

B.II. Zur Abteilungsstruktur und zu den Arbeitsschwerpunkten

Das DIW geht bei seiner Forschungsplanung davon aus, dass die zukünftigen Themen des Instituts stark von aktuellen Problemen geprägt sein werden. Als Beispiele werden Fragen der europäischen Einigung, die Schaffung eines einheitlichen Währungsraums, die weitere Entwicklung des deutschen Einigungsprozesses sowie die Umgestaltung in Mittel- und Osteuropa und der GUS-Staaten genannt. Diese Vorhaben sind sowohl im

Hinblick auf die Fragestellungen als auch hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse von aktuellem forschungspolitischen Interesse. Sie eröffnen dem Institut zusätzlich theoretische und methodische Perspektiven, die neben den wirtschaftspolitischen Beratungsaktivitäten gezielt verfolgt werden sollten.

Die Etablierung neuer thematischer Schwerpunkte darf keinesfalls zu einer Erhöhung der Zahl der Abteilungen des Instituts führen. In diesem Zusammenhang ist die bereits 1982 getroffene Feststellung zu bekräftigen, dass neue arbeitsintensive Vorhaben nur in Angriff genommen werden können, wenn weniger wichtige oder zur Routine gewordene Aufgaben eingestellt oder gegebenenfalls abgegeben werden.⁶⁾ Die hohe Zahl der Abteilungen erschwert zudem die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit und die wissenschaftliche Leitung des Instituts. Es wird empfohlen, die Zahl der Abteilungen von gegenwärtig neun auf vier bis fünf zu reduzieren. Das Institut sollte, dort wo es möglich ist, thematisch verwandte Abteilungen zusammenführen und Abteilungen, an denen weder ein wirtschaftswissenschaftliches noch ein wirtschaftspolitisches Interesse besteht, auflösen. In diesem Zusammenhang sind die Überlegungen des Instituts zu begrüßen, die selbständigen Abteilungen für „Osteuropa“ und „Weltwirtschaftliche Strukturen“ zu einer Abteilung zusammenzuführen. Außerdem sollte erwogen werden, jeweils die Abteilungen für „Konjunktur“ und für den „Öffentlichen Sektor“ bzw. „Strukturforschung“ und „Berlin/Brandenburg“ zu einer Abteilung organisatorisch zusammenzufassen. Die Abteilungen für „Verkehr“ und „Energie und Rohstoffe“ sollten ebenfalls als selbständige Abteilungen aufgelöst und auf der Grundlage einer geschärften wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellung in eine der übrigen Abteilungen integriert werden.

Das Leistungsprofil der einzelnen Forschungsabteilungen stellt sich gegenwärtig wie folgt dar:

Die Abteilung „**Konjunktur**“ gehört zu den Kernabteilungen des DIW. Ihre Arbeiten auf dem Gebiet der empirischen Konjunkturforschung sind wichtig und von den Auftraggebern anerkannt. Insbesondere aufgrund der umfangreichen Datenerhebungen, der Er

⁶⁾ Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, a.a.O., S. 48.

stellung einer eigenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Anwendung eigener ökonomischer Modelle ist die Anzahl von zwölf wissenschaftlichen Mitarbeitern für diese Abteilung gerechtfertigt. Einzelne Daueraufgaben, wie z. B. die zur Bundesbank konkurrierenden Rechnungen im Arbeitsbereich "Geld und Vermögen", erscheinen allerdings nicht zwingend erforderlich. Insgesamt sollte die Abteilung ihre wissenschaftliche Orientierung und Leistungsfähigkeit trotz der laufenden Berichtsarbeiten deutlich erhöhen.

Im Zentrum der Abteilung „**Öffentlicher Sektor**“ steht die Arbeitsgruppe „Finanzpolitik“, die vor allem eigenständige Untersuchungen zu wichtigen finanzpolitischen Reformvorhaben durchführt. Weitere Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit umweltökonomischen, sozialpolitischen sowie Bildungs- und Ausbildungsfragen. Die wissenschaftlichen Leistungen der Abteilung sind insgesamt positiv zu bewerten, hinsichtlich der einzelnen Arbeitsgruppen ergibt sich jedoch ein differenziertes Bild. Während die zentrale Arbeitsgruppe „Finanzpolitik“ auch in wissenschaftlichen Zeitschriften ausgewiesen ist, nutzen die übrigen Arbeitsgruppen zu wenig die Möglichkeit zu Publikationen in referierten Zeitschriften. Auch wenn die wissenschaftliche Begleitung sozialpolitischer Programme eine wichtige Aufgabe der Abteilung darstellt, muss die wissenschaftliche Sichtbarkeit der theoretischen Voraussetzungen und Ergebnisse dieser Forschung verbessert werden. Grundsätzlich ist zu fragen, ob die Arbeitsgruppen für „Sozialpolitik und Frauenforschung“ bzw. „Bildung und Ausbildung und Frauenforschung“ sinnvoll im Bereich Öffentlicher Sektor angesiedelt sind. Bei einer möglichen Zusammenlegung der Abteilungen „Konjunktur“ und „Öffentlicher Sektor“ sollte das Institut deshalb über andere organisatorische Verankerungen nachdenken.

Bei der Abteilung „**Strukturforschung**“ handelt es sich um eine qualitativ heterogene Abteilung, die ein konsistentes Forschungskonzept vermissen lässt. In die Abteilung einbezogen sind sehr unterschiedliche Arbeitsbereiche wie Regionalforschung, Bevölkerungsforschung oder Bau- und Wohnungswirtschaft, die insgesamt zufriedenstellend bearbeitet werden. Die Input-Output-Rechnung, die zum Kern der Institutsaufgaben gehört, ist auch weiterhin bedeutsam, bedarf aber einer methodisch-theoretischen Überprüfung. Ähnliches gilt für die Kapitalertragsrechnung. In der Abteilung wird fast ausschließlich Auftragsforschung betrieben; ihr wird hinsichtlich der Themenwahl und der

theoretischen Einbettung der Arbeiten eine deutlich stärkere Orientierung an der wirtschaftswissenschaftlichen Fachdiskussion empfohlen. Die Möglichkeit zu einer Neustrukturierung der Abteilung ergibt sich im Zusammenhang mit der vom Institut geplanten Zusammenlegung mit der Abteilung „Berlin/Brandenburg“.

Die Arbeiten in der Abteilung „**Industrie und Technologie**“ sind positiv zu beurteilen. Hervorzuheben ist, dass bei den Themen Standortwahl, Wettbewerbsfähigkeit und Neue Technologien eine intensive Zusammenarbeit mit der Konjunkturabteilung existiert. Positiv zu bewerten ist außerdem die dezidiert theoretische Ausrichtung der Arbeiten, die vor allem in den Arbeitsbereichen Forschung, Entwicklung und Technologie sowie Industrieökonomik/Industriepolitik deutlich wird.

Die Arbeiten in der Abteilung „**Verkehr**“ sind thematisch stark eingeschränkt und beschäftigen sich vorrangig mit der Umweltökonomik am Beispiel des Verkehrs, während ordnungspolitische oder auch andere strukturpolitische Fragestellungen fast gar nicht bearbeitet werden. Der Arbeitsbereich Kommunikation/Medien ist ebenfalls für verkehrsökonomische Fragestellungen nicht zentral. Es wird daher empfohlen, die eigenständige Abteilung „Verkehr“ aufzulösen und verkehrsökonomische Fragen im Rahmen umfassender Modelle der Verkehrseinwirkungen und -auswirkungen in anderer organisatorischer Form am DIW fortzuführen.

Die Projekte der Abteilung „**Energie und Rohstoffe**“ werden zwar solide bearbeitet, weisen allerdings nur einen schwachen wirtschaftswissenschaftlichen Bezug auf. Es handelt sich im wesentlichen um Projekte der Auftragsforschung, die weitgehend von den übrigen Thematiken des Instituts abgekoppelt sind. Die Abteilung sollte deshalb in dieser Form nicht fortgeführt werden. Statt dessen könnten energie- und rohstoffwirtschaftliche Fragen im Rahmen einer neuen wissenschaftlichen Fragestellung durch andere Abteilungen mitbearbeitet werden.

Die Arbeiten der Abteilung „**Berlin/Brandenburg**“ sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als unbefriedigend einzustufen, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich die Abteilung im Aufbau befindet. Die Mitarbeiter sind überwiegend bereits länger im DIW beschäftigt und nicht promoviert. Die Abteilung betreibt gegenwärtig hauptsächlich Auf

tragsforschung; theoretische Fragestellungen und die Beteiligung an der wirtschaftswissenschaftlichen Fachdiskussion sind nicht erkennbar. Die Entwicklung zu einer Abteilung „Allgemeine Regionalforschung“ ist deshalb nicht zu empfehlen. Statt dessen sollten regionalwirtschaftliche Fragestellungen methodisch und theoretisch neu formuliert und eine Integration in die Abteilung "Strukturforschung" erwogen werden.

Die Arbeiten der Abteilung „**Osteuropa**“ sind im Durchschnitt als gut zu beurteilen. Hervorzuheben ist, dass in dieser Abteilung ökonomische und Sprachkompetenzen zusammengeführt werden und eine Zusammenarbeit mit der Konjunkturabteilung stattfindet. Die Arbeiten sind im wesentlichen auftragsorientiert und weniger auf theoretische Fragestellungen bezogen. Die bereits vom Institut eingeleitete Zusammenführung der Abteilungen „Osteuropa“ und „Weltwirtschaftliche Strukturen“ und in diesem Zusammenhang die Rückführung der Abteilung „Osteuropa-forschung“ auf wenige profilbildende Bereiche wird unterstützt.

Die wissenschaftliche Qualität der Arbeiten in der Abteilung „**Weltwirtschaftliche Strukturen**“ stellt sich unterschiedlich dar. Gute und theoretisch interessante Arbeiten werden von den Arbeitsgruppen „Handels- und Kapitalverflechtung“ geleistet, während die Arbeiten im Bereich „Europäische Integration“ eher deskriptiv angelegt sind. Der Abteilung fehlt außerdem eine regionalwissenschaftliche Fundierung. Die Entscheidung des DIW, den Bereich Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik aus der Abteilung herauszunehmen und sie mit der Abteilung "Osteuropa" zusammenzulegen, ist positiv zu sehen.

Das **Sozio-oekonomische Panel** (SOEP) wird seit 1983 vom DIW betreut, ist aber noch nicht fest am DIW institutionalisiert. Die Empfehlung des Wissenschaftsrates, das Sozio-oekonomische Panel als Einrichtung der Blauen Liste zu fördern und innerhalb des DIW anzusiedeln, ist nach wie vor gültig. Zur fachlichen Bewertung wird auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1994 verwiesen.⁷⁾

⁷⁾ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Sozio-oekonomischen Panel, a.a.O., S. 161-183.

Das **Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung** wird gegenwärtig vertretungsweise durch einen der Abteilungsleiter geleitet. Es handelt sich um eine reine Serviceeinrichtung, die vom Bundesministerium für Wirtschaft finanziert wird und deren Finanzierung nach 1998 ausläuft. Da eine Privatisierung der Serviceleistungen des Büros nicht erfolgversprechend erscheint, sollten Bund und Länder prüfen, ob die Datenbank an anderer Stelle fortgeführt werden kann.

Problematisch und nicht notwendig ist die Regelung, dass für jede der neun Abteilungen des DIW Personalstellen für Programmierung und Statistik vorgehalten werden. Trotz des unabweisbar hohen statistischen Aufwands, vor allem in den Abteilungen für Konjunktur- oder Strukturforschung, ist die gegenwärtige Personalausstattung in diesem Bereich überdimensioniert. Insbesondere die vorgehaltenen Personalstellen für Programmierung entsprechen nicht mehr den Erfordernissen einer modernen Datenverarbeitung, die heute weitgehend von den Wissenschaftlern selbst vorgenommen werden kann. Das Institut sollte diese Personalstellen erheblich reduzieren und, wie bereits vorgesehen, vom gegenwärtigen Zeitpunkt an in diesem Bereich keine Neueinstellungen mehr vornehmen.

B.III. Zur Organisation und zum Personal

Das DIW ist als eingetragener Verein organisiert. Organe des Instituts sind der Vorstand und das Kuratorium. Satzungsgemäß verankert sind außerdem die Mitwirkungsrechte des Kollegiums der Abteilungsleiter, dem der Präsident vorsteht. Die Rechtsform als eingetragener Verein hat sich im Fall des DIW grundsätzlich bewährt. Möglichen Grenzen dieser Rechtsform, die sich ergeben, wenn das Institut in Zukunft verstärkt private Beratungsdienstleistungen anbieten will, könnte durch die Ausgründung privater Beratungsgesellschaften begegnet werden.

Der Wissenschaftsrat hatte in seiner Stellungnahme aus dem Jahre 1982 empfohlen, die Aufgaben der Organe des Vereins stärker voneinander abzugrenzen.⁸⁾ Er empfahl

⁸⁾ Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, a.a.O., S. 48-49.

vor allem, die Leitung der Kuratoriumssitzungen durch den Präsidenten des DIW sowie die Mitgliedschaft des Sprechers des Abteilungsleiterkollegiums und eines Vertreters des Betriebsrates mit Sitz und Stimme im Kuratorium zu überdenken. Darüber hinaus hatte er empfohlen, die jeweils gleiche Stimmenzahl für die Bundes- und Landesvertreter im Kuratorium vorzusehen. Diese Empfehlungen wurden nur zum Teil aufgegriffen. Der Vorstand und das Kollegium der Abteilungsleiter nehmen weiterhin an den Kuratoriumssitzungen teil, sind aber nicht stimmberechtigt. Der Vorsitzende des Betriebsrates hat dagegen weiterhin Sitz und Stimme im Kuratorium. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin sind im Kuratorium inzwischen mit jeweils fünf Stimmen vertreten.

Aufgrund der in Teilen weiterhin unklaren Abgrenzung von Vorstand und Kuratorium kann das Kuratorium seine Kontroll- und Entlastungsfunktionen nur begrenzt ausüben. Hinzu kommt, dass erst 1994 ein Wissenschaftlicher Beirat errichtet wurde, der seine wissenschaftlichen Begutachtungsfunktionen bislang erst in Ansätzen erfüllen konnte. Dem Institut wird deshalb empfohlen, die Aufgaben von Vorstand und Kuratorium noch deutlicher zu trennen und insbesondere die formelle Beteiligung des Betriebsrates an den Kuratoriumssitzungen zu überdenken. Außerdem sollte der Wissenschaftliche Beirat hinsichtlich seines Auftrags, seiner personellen Stärke und der Häufigkeit seines Zusammentreffens so weiterentwickelt werden, dass er seine fachlichen Beratungs- und Begutachtungsfunktionen voll wahrnehmen kann.

Dem Kollegium der Abteilungsleiter im DIW werden vergleichsweise große Mitwirkungsrechte bei der Forschungsplanung und bei haushalts- und finanzwirtschaftlichen Fragen eingeräumt. So wird das Institut im Einvernehmen mit den Abteilungsleitern und unter ihrer vollen Mitverantwortung geleitet. Außerdem sollen übereinstimmende Beschlüsse des Vorstandes und des Kollegiums der Abteilungsleiter bei der Aufstellung des Haushaltsplanes vorliegen. Einstellung, Beförderung und Kündigung von Mitarbeitern setzen ebenfalls Einvernehmen mit dem Kollegium voraus. Derart weitgehende Mitverantwortungsrechte des Kollegiums werden, besonders angesichts der großen Zahl von Abteilungen im DIW, nicht für sinnvoll gehalten. Die Funktion des Präsidenten bei der wissenschaftlichen Leitung des Instituts sollte deshalb auch satzungsmäßig klar zum Ausdruck gebracht werden. Es kommt insbesondere darauf an, dass dem Präsi

zenten Möglichkeiten eröffnet werden, flexibel auf neue thematische Herausforderungen zu reagieren und entsprechende organisatorische Umstrukturierungen zu initiieren und umzusetzen. Die bereits in einer früheren Stellungnahme des Wissenschaftsrates positiv bewertete Regelung, dass freiwerdende Stellen in einzelnen Abteilungen in die Verfügungsgewalt des Präsidenten zurückfallen und neu zugeordnet werden können, sollte im Hinblick auf kommende organisatorische und fachliche Entwicklungen aktiv genutzt werden.⁹⁾

Die Ausstattung mit Stellen für wissenschaftliches Personal hält der Wissenschaftsrat insgesamt für angemessen. Der Stellenkegel des Instituts weist allerdings eine deutliche Verschiebung zu den höherwertigen Stellen auf, wobei alle Stellen unbefristet besetzt sind. Dem Argument des DIW, dass nur auf diese Weise hochqualifizierte Wissenschaftler eingestellt und gehalten werden können, muss entgegengehalten werden, dass damit die Gefahr einer personellen Verkrustung einhergeht, die die für wissenschaftliche Arbeit notwendige thematische Flexibilität stark einschränkt. Das Institut sollte deshalb bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen verstärkt auf das Instrument der befristeten Beschäftigung zurückgreifen. Es sollte außerdem die Wertigkeit der Stellen überprüfen und, soweit notwendig, ändern.

Das Institut verfügt über neun Abteilungsleiterstellen, die nach B3 dotiert sind. Die Abteilungsleiter sind in der Regel nicht habilitiert. Angesichts der vielfältigen Hochschullandschaft in Berlin und Brandenburg wird empfohlen, im Zusammenhang mit der Reduzierung von jetzt neun auf vier bis fünf Abteilungen die Abteilungsleiterstellen künftig gemeinsam mit einer der Berliner Hochschulen nach C3 auszuschreiben und auf diese Weise ein entsprechendes Qualifikationsprofil für die Besetzung der Stellen sicherzustellen.

⁹⁾ Ebd., S. 49.

B.IV. Zu den Publikationen

Die Arbeiten des DIW erscheinen vorwiegend als hauseigene Publikationen, wobei der „Wochenbericht“, der einmal monatlich auch auszugsweise in englischer Sprache erscheint, das am weitesten verbreitete Publikationsorgan ist. Ein Teil dieser Arbeiten ist neben einem Interessentenkreis aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung auch für die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit interessant. Darüber hinaus werden die „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung“ herausgegeben, deren Beiträge zur empirischen Wirtschaftsforschung thematisch teilweise an die Hochschulforschung anschließen und von dieser aufgegriffen werden. Die Arbeiten unterliegen dabei einer mehrstufigen Qualitätskontrolle am DIW, wobei die fachlichen Bewertungen in sogenannten "Redaktionskonferenzen" stattfinden, an denen neben dem Bearbeiter und dem fachlich zuständigen Abteilungsleiter sowie einem wissenschaftlichen Redakteur ein weiterer Abteilungsleiter als Lektor teilnimmt. Präsident und Abteilungsleiter des DIW tragen gemeinsam die wissenschaftliche Verantwortung für die Beiträge. Es ist zu begrüßen, dass das DIW ein Verfahren zur Qualitätskontrolle der zur Veröffentlichung vorgesehenen wissenschaftlichen Arbeiten entwickelt hat. Es ist aber fraglich, ob das Instrument der Redaktionskonferenz, konsequent angewandt, wirklich praktikabel und geeignet ist, angesichts der Vielzahl der Beiträge eine substantielle Qualitätskontrolle zu gewährleisten. Das DIW sollte darüber hinaus erwägen, externe Experten, beispielsweise von einer der kooperierenden Hochschulen, ständig in das Begutachtungsgremium zu integrieren, um so von vornherein den Anschluss an die wirtschaftswissenschaftliche Forschung sicherzustellen.

Insgesamt sind die publizierten Forschungsleistungen des Instituts in quantitativer wie qualitativer Hinsicht als zufriedenstellend zu beurteilen. Bezogen auf die Zahl der Mitarbeiter wird jedoch zu wenig in externen referierten Fachzeitschriften publiziert. Dieses betrifft nahezu alle Abteilungen des Instituts. Der Institutsleitung und den Abteilungsleitern wird daher empfohlen, gezielt Anreize für eine verstärkte Publikationstätigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter in externen wissenschaftlichen Fachzeitschriften zu setzen und entsprechende Leistungen im Rahmen der Personalentwicklung am Institut ausdrücklich zu honorieren.

B.V. Zu den Kooperationen und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Das DIW kooperiert gegenwärtig mit der Freien Universität, der Humboldt-Universität sowie der Technischen Universität Berlin. Entsprechende Kooperationen mit der Universität Potsdam und der Universität Viadrina Frankfurt/Oder werden vorbereitet. Aus Sicht der Universitäten ist eine Zusammenarbeit mit dem DIW vor allem aufgrund der vom DIW bereitgestellten Daten und Materialien interessant. So stützt sich ein Teil der Hochschulforschung wesentlich auf die vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Berechnungen des Kapitalstocks sowie auf die Daten des Sozio-oekonomischen Panels. Positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass das DIW an den ersten Arbeiten einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die alte Bundesrepublik ebenso mitbeteiligt war wie an den ersten Berechnungen für die neuen Bundesländer im Jahre 1990. Eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit mit den Hochschulen gibt es außerdem durch die quantitativ beachtliche Beteiligung von DIW-Wissenschaftlern an Lehrveranstaltungen vor allem der Technischen Universität und der Freien Universität Berlin. Erste Ansätze zu einer internationalen Kooperation wurden entwickelt und sollten vor allem im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit den internationalen Stätten wirtschaftswissenschaftlicher Forschung weiterentwickelt werden.

Neben der Beteiligung an der Lehre werden andere Möglichkeiten der institutionellen Zusammenarbeit mit den Hochschulen aber noch zu wenig genutzt. Dieses betrifft vor allem die Beteiligung an den Sonderforschungsbereichen und den Graduiertenkollegs der umliegenden Hochschulen. Dafür und für die Mitarbeit in bestimmten Forschungsprojekten sollten die Mitarbeiter des Instituts für eine begrenzte Zeit freigestellt werden können. Ausdruck einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Institut und den umliegenden Hochschulen sollte in Zukunft außerdem die Etablierung eines auch de facto gemeinsamen Verfahrens für die Berufung des Präsidenten und der Abteilungsleiter sein. Die gegenwärtige Praxis, dass beide Seiten - sowohl das Institut als auch die Hochschule - einer Berufung zustimmen müssen, reicht nicht aus. Vertreter der Hochschulen und des DIW sollten von vornherein ein gemeinsames Berufungsgremium bilden und zu einer gemeinsamen Entscheidung über einen Kandidaten gelangen. Auf diese Weise werden erste Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich das DIW in

Zukunft nicht nur im Rahmen seiner Dienstleistungsfunktionen durch die Beschaffung von wirtschaftswissenschaftlichen Basisdatensätzen in die Zusammenarbeit mit den Hochschulen einbringt, sondern verstärkt auch in einen theoretischen und methodischen Diskurs mit den Fachvertretern der Hochschulen eintritt.

Komplementär zu dieser Entwicklung sollte das Institut die wissenschaftliche Nachwuchsförderung weiter verstärken. Es ist zu begrüßen, dass die Institutsleitung auch jetzt schon Promotionen und Habilitationen ausdrücklich fördert und durch eine Betriebsvereinbarung, die eine befristete Freistellung für diesen Zweck erlaubt, nachhaltig unterstützt. Durch die Förderung von Promotions- und Habilitationsprojekten im DIW sollte deutlich werden, dass dem Institut ausdrücklich an einer wissenschaftlichen Profilierung seiner Mitarbeiter gelegen ist. Diesem Aspekt müsste auch bereits bei der Personalrekrutierung Rechnung getragen werden. Den Promovenden sollte außerdem die Möglichkeit zur regelmäßigen Teilnahme an den Doktorandenkollegs der kooperierenden Hochschulen eröffnet werden.

B.VI. Zusammenfassende Bewertung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung gehört zu den anerkannten Stätten wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Deutschland. Den profilbildenden Schwerpunkt des Instituts nehmen die Konjunkturanalysen und -prognosen ein, die es seit seiner Gründung betreibt und die eine wichtige Grundlage für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Strategien und Entwicklungen darstellen. Mit seinen Datensätzen zur vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, den Kapitalstockberechnungen und dem Sozio-oekonomischen Panel stellt das Institut wichtige Datenquellen für empirisch arbeitende Wirtschaftsforscher an den Hochschulen bereit.

Die wissenschaftlichen Arbeiten des DIW in den letzten Jahren stellen sich in qualitativer Hinsicht unterschiedlich dar: Gute empirisch und theoretisch fundierte wirtschaftswissenschaftliche Analysen stehen neben Routinearbeiten, die wissenschaftlichen Erfordernissen nur bedingt genügen.

In seiner thematischen Ausrichtung hat sich das DIW den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der 80er und 90er Jahre gut angepasst. Das Institut sollte seine Arbeiten in Zukunft stärker theoretisch fundieren und sich, bei einer Begrenzung des Auftragsanteils am Gesamthaushalt, verstärkt um Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder vergleichbarer Institutionen bemühen.

Um in Zukunft flexibel neue Forschungsthemen aufgreifen und theoretisch fundiert bearbeiten zu können, sind eine Reihe von organisatorischen und personellen Veränderungen notwendig. Zunächst sollte die Zahl der Abteilungen des DIW von jetzt neun auf vier bis fünf reduziert werden. Im Hinblick auf die wissenschaftliche Leitung wird empfohlen, die Stellung des Präsidenten gegenüber dem Kollegium der Abteilungsleiter zu stärken. Die Abteilungsleiter sollten in Zukunft gemeinsam mit einer der Berliner Hochschulen auf Zeit berufen werden. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen muss häufiger als bislang von der Möglichkeit einer befristeten Stellenbesetzung Gebrauch gemacht werden. Der Wissenschaftliche Beirat wird seine Aufgaben in der wissenschaftlichen Begleitung und Begutachtung nur erfüllen können, wenn er hinsichtlich seines Auftrages, seiner personellen Stärke und der Häufigkeit seines Zusammentreffens noch stärker in die Institutsentwicklung einbezogen wird.

Die im DIW durchgeführten Auftragsarbeiten werden von den Auftraggebern geschätzt. Ein Großteil der Arbeiten, die im „Wochenbericht“ oder den „Vierteljahresheften zur Wirtschaftsforschung“ erscheinen, findet jedoch in der Fachöffentlichkeit wenig Resonanz. Der Institutsleitung und den Abteilungsleitern wird empfohlen, die Mitarbeiter auch zu Publikationen in externen referierten Fachzeitschriften anzuregen und in diesem Zusammenhang entsprechende Leistungsanreize zu setzen.

Es ist zu begrüßen, dass das Institut Promotionen und Habilitationen durch befristete Freistellungen fördert. Positiv zu bewerten sind in diesem Zusammenhang auch die Kooperationen mit der Freien Universität, der Humboldt-Universität sowie der Technischen Universität Berlin und die geplanten Kooperationen mit der Universität Potsdam und der Universität Viadrina, Frankfurt/Oder. Vor allem im Hinblick auf die Nachwuchsförderung werden aber bestimmte institutionelle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit diesen Hochschulen noch zu wenig genutzt. Es wird deshalb empfohlen, dass sich das

DIW aktiv an Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs der umliegenden Hochschulen beteiligt. Das Verfahren der gemeinsamen Berufung des Präsidenten und zukünftig auch der Abteilungsleiter sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass von vornherein ein gemeinsames Berufungsgremium von Institut und Hochschule gebildet wird, das zu einer gemeinsamen Entscheidung über einen Kandidaten gelangt.

Anhang 1

Organigramm des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Stand: 15. April 1996

Präsident	Öffentlichkeitsarbeit	Konjunktur Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Prognose Weltkonjunktur Ökonometrie Arbeitsmarkt Privater Verbrauch Investitionen Außenhandel Einkommensverteilung Geld und Kredit	Öffentlicher Sektor Finanzpolitik Sozialpolitik und Frauenforschung Bildung und Ausbildung Frauenforschung Umweltökonomie	Strukturforschung Produktion und Umwelt, Projektionen Strukturberichterstattung Unternehmen Input-Output-Rechnung Regionalforschung Bevölkerungsforschung Bau- und Wohnungswirtschaft Mittel- und Langfristige Szenarien	Industrie und Technologie Kurzfristige Industriebeobachtungen Industrielle Langfristprognose Branchenuntersuchungen Industrieökonomie/-politik Forschung, Entwicklung, Informationssysteme	Verkehr Verkehrsnachfrage Verkehr und Umwelt Verkehrssysteme Verkehrsökonomie und Systemanalyse Investitions- und Vermögensrechnung Kommunikation/Medien	Energie und Rohstoffe Energie Rohstoffe Archiv
Weltwirtschaftliche Strukturen Handels- und Kapitalverflechtung Europäische Integration Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik							
Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)							
Zentrale Dienste Verwaltungsleitung Personal u. Finanzen Allg. Dienst Bibliothek u. Archiv Ausbilderin Auszubildende Veröffentlichungen, Schriftleitung Technische Redaktion und Grafik Zentrale Datenverarb. Mathem. Beratung Betriebsratsvors. Schwerbehindertenvertretung Frauenbeauftragte Datenschutzbeauftragter							
Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung TACIS-ACE Office							

Quelle: DIW

Anhang 2

Stellenplan des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (ohne Drittmittel)

Stand: Juni 1996

Stellenbezeichnung	Wertigkeit der Stellen (Besoldungs- / Vergütungsgruppe)	Zahl der Stellen insgesamt (Soll)
Stellen für wissenschaftliches Personal	C4	1
	B3	9
	B1	3
	BAT I	6
	BAT Ia	14
	BAT Ib	13
	BAT IIa	22
Zwischensumme		68
	BAT III-IXa	52
I n s g e s a m t		120

Quelle: DIW

Anhang 3

Verteilung der Stellen für wissenschaftliches Personal im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf die einzelnen Arbeitsbereiche (Ist)

Stand: Juni 2001

Abteilung/Arbeitsbereich	institutionelle Stellen			drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse			Doktorandenstellen			Stellen für wissenschaftliches Personal insgesamt		
	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbefristet besetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbefristet besetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbefristet besetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbefristet besetzt
Konjunktur	8	-	-	4	2	-	-	-	-	12	2	-
Öffentlicher Sektor	4	-	-	5	1	-	-	-	-	9	1	-
Strukturforschung	4	-	-	5	-	-	1	1	-	10	1	-
Industrie und Technologie	6	-	-	6	1	-	-	-	-	12	1	-
Verkehr	1	-	-	7	-	-	-	-	-	8	-	-
Energie und Rohstoffe	7	-	-	2	-	-	-	-	-	9	-	-
Berlin-Brandenburg	6	-	-	3	1	-	-	-	-	9	1	-
Osteuropa	3	-	-	3	1	-	1	1	-	7	2	-
Weitwirtschaftliche Strukturen	1	-	-	5	-	-	1	1	-	7	1	-
Sozio-oekonomisches Panel	2	-	-	5	2	-	-	-	-	7	2	-
Kooperationsbüro Osteuropa-Forschung	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2	-	-
Zentrale Dienste	2	-	-	1	-	-	-	-	-	3	-	-
Insgesamt	44	-	-	48	8	-	3	3	-	95	11	-

1) Hinzu kommen zwei Wissenschaftlerstellen im Bereich des Präsidenten

Quelle: DIW

Anhang 4

Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
in den Jahren 1993 bis 1995 eingeworbene
Drittmittel nach Drittmittelgebern

Stand: Mai 1996

Abteilung/Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in TDM (gerundet)			Summe
		1993	1994	1995	
1. Konjunktur	DFG	-	-	-	-
	Bund	831	607	848	2.286
	Land/Länder	-	20	43	63
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	21	3	35	59
	Sonstige	147	220	199	566
Summe		999	850	1.125	2.974
2. Öffentlicher Sektor	DFG	37	68	-	105
	Bund	467	571	435	1.473
	Land/Länder	300	181	81	562
	EU	-	34	35	69
	Wirtschaft	-	31	19	50
	Sonstige	93	184	90	367
Summe		897	1.069	660	2.626
3. Strukturforschung	DFG	-	16	169	185
	Bund	690	824	847	2.361
	Land/Länder	123	128	43	294
	EU	172	78	69	319
	Wirtschaft	96	20	-	116
	Sonstige	242	300	90	632
Summe		1.323	1.366	1.218	3.907
4. Industrie und Technologie	DFG	-	-	-	-
	Bund	655	220	444	1.319
	Land/Länder	227	91	108	426
	EU	26	2	26	54
	Wirtschaft	56	49	202	307
	Sonstige	180	272	275	727
Summe		1.144	634	1.055	2.833

Fortsetzung:

Abteilung/Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in TDM (gerundet)			Summe
		1993	1994	1995	
5. Verkehr	DFG	-	-	-	-
	Bund	713	384	578	1.675
	Land/Länder	102	203	248	553
	EU	-	70	19	89
	Wirtschaft	265	92	149	506
	Sonstige	597	390	55	1.042
Summe		1.677	1.139	1.049	3.865
6. Energie und Rohstoffe	DFG	-	-	-	-
	Bund	901	747	384	2.032
	Land/Länder	243	414	318	975
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	4	115	119
	Sonstige	234	152	233	619
Summe		1.378	1.317	1.050	3.745
7. Berlin-Brandenburg	DFG	-	-	-	-
	Bund	309	198	344	851
	Land/Länder	1.000	629	548	2.177
	EU	13	35	39	87
	Wirtschaft	126	109	-	235
	Sonstige	89	226	10	325
Summe		1.537	1.197	941	3.675
8. Osteuropa	DFG	-	-	-	-
	Bund	435	506	598	1.539
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	6	19	-	25
	Wirtschaft	-	-	387	387
	Sonstige	74	53	16	143
Summe		515	578	1.001	2.094
9. Weltwirtschaftliche Strukturen	DFG	-	-	-	-
	Bund	341	274	297	912
	Land/Länder	49	41	-	90
	EU	26	16	46	88
	Wirtschaft	-	-	19	19
	Sonstige	136	166	257	559
Summe		552	497	619	1.668

Fortsetzung:

Abteilung/Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in TDM (gerundet)			Summe
		1993	1994	1995	
10. Sozio-oeko- nomisches Panel (SOEP)	DFG	4.135	3.619	3.990	11.744
	Bund	-	67	70	137
	Land/Länder	-	8	-	8
	EU	7	41	-	48
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Sonstige	16	55	50	121
Summe		4.158	3.790	4.110	12.058
11. Zentrale Datenverarbeitung	DFG	76	34	16	126
	Bund	19	11	16	46
	Land/Länder	35	39	10	84
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	1	-	1
	Sonstige	-	-	114	114
Summe		130	85	156	371
12. Kooperationsbüro Osteuropa- Wirtschaftsforschung (KOST)	DFG	-	-	-	-
	Bund	561	467	815	1.843
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	74	195	269
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Sonstige	-	-	-	-
Summe		561	541	1.010	2.112
Summen Drittmittelgeber	DFG	4.248	3.737	4.175	12.160
	Bund	5.922	4.876	5.676	16.474
	Land/Länder	2.079	1.754	1.399	5.232
	EU	250	369	429	1.048
	Wirtschaft	564	309	926	1.799
	Sonstige	1.808	2.018	1.389	5.215
I n s g e s a m t		14.871	13.063	13.994	41.928

Quelle: DIW